Deutscher Bundestag

Ausschuss für Menschenrechte
und humanitäre Hilfe

Ausschussdrucksache
19(17)154.4

SWP Ludwigkirchplatz 3—4 10719 Berlin

An den
Ausschuss
für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
des Deutschen Bundestages

per E-Mail

Dr. Susanne Dröge
Globale Fragen
Senior Fellow

Telefon +49 30 88007-0
susanne.droege@swp-berlin.org

14. Mai 2021

Stellungnahme für die Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages
19. Mai 2021
Zum Thema: „Menschenrechte und Klimakrise“

1. Wie hoch ist die Gefahr für Frieden und Sicherheit in der Welt, die vom Klimawandel ausgeht?

Der zunehmende Klimawandel ist durch die Erhöhung der globalen Durchschnittstemperatur seit der Industrialisierung und in deren Folge durch die Zunahme von Extremwetterereignissen und der langfristigen Territorialverlusten gekennzeichnet. Er stellt eine Gefahr für Frieden und Sicherheit dar, weil diese Folgen vorhandene Konfliktlagen verschärfen können (Multiplikator). Auch lösen die in ihrer Häufigkeit und Intensität zunehmenden Extremwetterereignisse neue Spannungen aus, insbesondere, wenn sie Wanderungsbewegungen führen.
Die Forschung zu diesen Folgen hat stark zugenommen. Es gibt mehr Fallstudien (siehe Punkt 2) und die Klimafolgenforschung kann genauer angeben, welche Expositionen und Verwundbarkeiten bei einer steigenden globalen Durchschnittstemperatur für Menschen und ökologische Systeme zunehmen (vgl. Fünfter Sachstandsbericht des Intergovernmental Panel on Climate Change, nächster Bericht der Arbeitsgruppe II erscheint im Oktober 2021).
Das Risiko, dass internationale Sicherheit und Frieden durch den Klimawandel bedroht werden, lässt sich derzeit nicht beziffern. Es lässt sich aber feststellen, dass die Gefahr in der Tendenz steigt.

Auf der internationalen Ebene werden die Risiken seit 2007 im UN-Sicherheitsrat debattiert. Im Mittelpunkt steht dabei die menschliche Sicherheit (zuletzt am 23.2.2021, vgl. https://www.un.org/press/en/2021/sc14445.doc.htm). Es ist verschiedenen nicht-ständigen und ständigen Mitgliedern gelungen, dass seit 2017 jedes Jahr diese Debatte geführt wird. Auch steigt die Zahl der Resolutionen, in denen enthalten ist, dass Klimawandelfolgen ein Konflikttreiber in einer Region darstellen (vgl. Dröge 2020). 2019 wurde der „Climate Security Mechanism" eingerichtet, eine Arbeitsgruppe von vier bei der UN angestellten Personen. Dieses Team stellt für den Sicherheitsrat die notwendigen Quellen und Informationen zu den sicherheitspolitisch relevanten Folgen des Klimawandels bereit. Die Finanzierung des Climate Security Mechanism läuft aber bald wieder aus. Deutschland hat 2020 während des Vorsitzes als nicht-ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat erneut die Rolle des Sicherheitsrats bei dem Umgang mit Klimarisiken hervorgehoben. Auch wurde durch das Auswärtige Amt 2020 ein Projekt auf den Weg gebracht, in dem die Risiken konkreter ermittelt werden sollen („Weathering Risks Projekt").
Die internationale Aufmerksamkeit für die Gefahren des Klimawandels für Frieden und Sicherheit ist gestiegen. Es bedarf fortlaufender Unterstützung für diesen Prozess im UN-Sicherheitsrat und weiteren sicherheitspolitischen Foren, um die sicherheitspolitischen Folgen zu verstehen und die Anstrengungen zu erhöhen, dass Klimafolgen nicht zu einer Gefährdung von Frieden und Sicherheit beitragen.

2. In welchen Regionen ist im Hinblick auf die Zunahme von Konflikten Klimawandel eine der Hauptursachen und welche Folgen stehen damit in unmittelbarem Zusammenhang?

Der Klimawandel ist ein globales Phänomen, das heißt, es gibt per se kein Land, das nicht von den Folgen betroffen ist. Der Umgang mit steigenden Frequenzen und Intensitäten von Stürmen, Fluten, Dürren und in deren Folge dann Wassermangel, Nahrungsverknappung, Migration hängt von der Kapazität der Staaten und nicht-staatlicher Akteure ab, damit umzugehen.
Gute Regierungsführung und wirtschaftlicher Wohlstand sind Voraussetzungen für höhere Resilienz und für die Möglichkeiten, über

die durch Klimawandelfolgen entstehenden Interessenkonflikte zu verhandeln.

Die armen Entwicklungsländer sind besonders betroffen von jenen Wetterextremen, die langjährige sozioökonomische Folgen nach sich ziehen. Das zeigt auch der Klimarisiko-Index von Germanwatch e.V. über die letzten 20 Jahre (Top 3: Puerto Rico, Myanmar, Haiti).
Zu den aktuell besorgniserregenden Konfliktregionen gehören der Nahe Osten, Ukraine, Libyen, Syrien, Süd-Sudan, Chadsee-Region, Somalia, Mali, Afghanistan, Pakistan, und auch Kolumbien, Venezuela, Honduras und Nicaragua. Die Zunahme der Konflikte in diesen kritischen Regionen und Ländern gehen größtenteils *nicht* auf Folgen des Klimawandels zurück. Sie werden aufgrund politischer Interessen verschiedener Gruppen verstärkt oder erneuert. Dennoch ist hervorzuheben, dass die wiederholte Betroffenheit von fragilen Staaten durch Extremwetter steigt (Haiti, Honduras). Die zunehmende Frequenz von Wirbelstürmen verhindert den Wiederaufbau oder macht ihn zunichte. Konstruktives Regierungshandeln geht weiter zurück, auch Grenzkonflikte und Migrationsdruck (Mittelamerika) steigen. Die Abhängigkeit von internationaler Hilfe nimmt ebenso zu wie sich die sozioökonomischen Bedingungen verschlechtern. Dies zeigt sich beispielsweise in Haiti, Honduras, Nicaragua.
Besonders ausführlich untersucht wurde die Tschad-See Region und die humanitären Notlagen dort. Hier wird die langjährige ökologische Katastrophe durch den Klimawandel beschleunigt. Der See versorgt vier Länder (Niger, Nigeria, Kamerun, Tschad). Die Bevölkerung lebt von Fischfang, Viehzucht, Landwirtschaft. Es bestehen sowohl Grenzkonflikte, Konflikte zwischen staatlichen und zivilen Gruppen und terroristischen Aktivitäten (Islamischer Staat, Boko Haram) haben zuletzt die Sicherheitslage verschärft (vgl. https://climate-diplomacy.org/case-studies/climate-and-fragility-risks-lake-chad-region). Versorgungskrisen und fehlende Arbeit für die sehr junge Bevölkerung dieser Staaten erleichtert das Rekrutieren. Dieses Muster ist in anderen Regionen der Welt auch denkbar oder im Zusammenhang mit Naturkatastrophen bereits anzutreffen.
Für die nähere Zukunft müssen die Folgen von steigendem Wassermangel beachtet werden. Beispielsweise in Afghanistan, Südsu-

dan, Iran, Somalia und Syrien gehört Wassermangel zu den Phänomenen, die zusätzlichen Stress in der Bevölkerung und zwischen rivalisierenden Gruppen auslösen können. Mit Blick auf den Bürgerkrieg in Syrien wurde ein langjähriger Trend in der Häufigkeit von Dürren aufgrund des Klimawandels nachgewiesen, der zu wachsender Landflucht führte. Diese wiederum erhöhte die Spannungen zwischen den Einwohnergruppen der Städte – ein Faktor, der auch in anderen fragilen Ländern komplexe Konfliktlagen verschärfen kann.
Aber auch Großprojekte, bei denen internationale Finanzmittel fließen, können von Klimafolgen betroffen sein. Staudammprojekte, die zu ökonomischer Entwicklung beitragen sollen, und deren künftiges Potential von Klimafolgen eingeschränkt werden wird, sollten bei der Analyse von neuen Konfliktpotentialen beachtet werden. Beispiele sind der GERD-Staudamm am Nil (Ägypten-Äthiopien) oder auch der Kishanganga Damm (Indien-Pakistan). Projekte, die Energieressourcen aufbauen und Wasserversorgung sichern sollen (Pakistan, China) oder Agrarinvestitionen durch internationale tätige Firmen (Senegal) führen zu neuen Spannungen. Generell treiben zunehmende Einschränkungen beim Zugang zu Ressourcen (Land, Wald, Wasser, Rohstoffe) für lokale Bevölkerungen neue inner- und zwischenstaatliche Konflikte an. Extremwetterereignisse werden die Rentabilität dieser Projekte gefährden und damit auch die Konflikte verstärken.
Die Verschärfung von Konflikten durch den Klimawandel sollte antizipiert werden. Der Blick geht also vor allem in die Zukunft.

Zu beachten sind auch die durch langsame Klimaereignisse entstehenden internationalen Auseinandersetzungen und Interessenverlagerungen. In Regionen oder Ländern mit niedrig liegenden Küsten bzw. Territorien wird mehr dauerhafte Migration die Folge des Landverlustes sein. Die armen Inselstaaten (Small Island Development States, SIDS) machen bereits seit den 1990er Jahren auf ihre Situation aufmerksam. Sie haben sich schon früh für eine Befassung des Sicherheitsrats mit den Klimarisiken eingesetzt. Auch die drastischen Klimawandelfolgen in der Arktis und Antarktis, wo die Eismassen abschmelzen, haben neue Interessen in der jeweiligen Region geweckt. Die geopolitischen Interessen Russlands, Chinas und den USA fokussieren zunehmend auf Rechte an neuen Seewegen und den Zugang zu Rohstoffen.

Weitere Verhandlungen über die Anerkennung von Klimaflüchtlingen und die Umsiedlung müssen geführt werden. Auch die Großmacht-Konkurrenzen werden aufgrund der Klimawandelfolgen zunehmen und damit Bedarf einer Strategie für einen friedlichen Umgang mit unterschiedlichen Ansprüchen in den betroffenen Staaten und an diese Regionen.